Ombudsstelle der SRG kritisiert jüdischen Journalisten als Gesprächsleiter bei Nahost- und Antisemitismus-Themen

Die Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz hat eine Beschwerde gegen eine Sendung von Radio SRF teilweise gutgeheissen. Gegenstand der Beschwerde war ein Gespräch mit dem arabisch-israelischen Nahostexperten Ahmed Mansour. Die Ombudsstelle kritisiert, dass das Gespräch vom Journalisten David Karasek geführt wurde. Sie lässt in ihrer Stellungnahme durchblicken, Karasek sei beim Thema «Antisemitismus» und «Palästinenser-Israel» befangen, weil er jüdisch sei.

Von Sacha Wigdorovits

Gegenstand der Beschwerde ist das «Tagesgespräch» vom 6. Oktober 2026. Damals interviewte SRF-Radiojournalist David Karasek den in Israel aufgewachsenen und seit 22 Jahren in Deutschland lebenden israelischen Araber Ahmed Mansour.

Mansour ist ein renommierter Islam- und Nahostexperte, der sich seit Jahrzehnten mit Islamismus, Antisemitismus und dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern auseinandersetzt. Er hält Vorlesungen zu diesen Themen und hat zahlreiche Artikel und weitere Schriften dazu veröffentlicht. Die Theologische Fakultät der Universität Basel verlieh ihm 2022 für seine Verdienste um die Förderung demokratischer Werte und die Bekämpfung des Antisemitismus die Ehrendoktorwürde.

Ombudsstelle fordert Palästinenser als Gesprächsteilnehmer

In den Augen der Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz scheint all dies Mansour jedoch nicht hinreichend als Gast für ein «Tagesgespräch» von Radio SRF zu qualifizieren. «Warum ausgerechnet Ahmed Mansour ins ‹Tagesgespräch› eingeladen wurde (…) erschliesst sich der Ombudsstelle nicht», schreibt sie in ihrer Stellungnahme zur Beschwerde gegen die Sendung.

Die Ombudsstelle hätte es vorgezogen, «eine Palästinenserin oder ein Palästinenser, die sich differenzierter zu den angeschnittenen Themen hätte äussern können, wäre ins Radio-Studio eingeladen worden».

Diese Feststellung befremdet aus zwei Gründen. Erstens gehört es nicht zu den Aufgaben der Ombudsstelle, den Journalisten von Radio und Fernsehen SRF vorzuschreiben, wen sie interviewen sollen. Zweitens äusserte sich Mansour in dem Gespräch ausführlich zum «strukturellen Antisemitismus» innerhalb der deutschen Partei «Die Linke». Ein Thema, das Palästinenserinnen oder Palästinensern aus dem

Westjordanland, welche die Ombudsstelle gerne im Radiostudio gesehen hätte, vermutlich eher unbekannt sein dürfte.

Antisemitismus-Vorwurf an «Die Linke» stösst Ombudsstelle sauer auf

Der Ombudsstelle stiess das Gesprächsthema «Die Linke und ihr Antisemitismus» ohnehin sauer auf. Sie monierte, erst nach 5 Minuten 40 Sekunden habe Karasek bezüglich Mansours Vorwurf, «Die Linke» habe einen strukturellen Antisemitismus, genügend interveniert.

Tatsache ist allerdings, dass dieser Vorwurf ebenso erwiesen ist wie Mansours von der Ombudsstelle ebenfalls kritisierte Aussage, die Partei habe die Wahlen in Berlin nicht trotz, sondern wegen ihres Antisemitismus und ihrer pro-palästinensischen Haltung gewonnen.

All dies lässt die Ombudsstelle indessen nicht gelten, sondern kritisiert in einer noch nie dagewesenen Weise Journalist Karasek. Es stelle sich die Frage, schreibt die Ombudsstelle, «ob der Gesprächsleiter die geeignete Person ist für solche Themen im «Tagesgespräch».

David Karasek wegen jüdischer Herkunft disqualifiziert

Dabei wirft sie Karasek nicht handwerkliches Versagen vor. Sie moniert, Karasek habe Ahmed Mansour im «Tagesgespräch» sehr «handzahm» behandelt. Als er hingegen ein Jahr zuvor den SP-Co-Präsidenten Cédric Wermuth zur israelfeindlichen und palästinenserfreundlichen Haltung seiner Partei befragt habe, habe er «sehr hartnäckig, wiederholt unterbrechend und äusserst kritisch nachgefragt».

Dieser Vergleich lässt nur eine logische Schlussfolgerung zu: Die Ombudsstelle bezichtigt David Karasek, den pro-israelisch eingestellten Ahmed Mansour begünstigt und den israelfeindlichen Cédric Wermuth benachteiligt zu haben. Und dies aus einem einzigen Grund: Weil Karasek selber jüdisch ist.

Dass ihre Kritik an Karasek so gemeint war, stellt die Ombudsstelle SRG nicht in Abrede. Sie hält auf Anfrage von FokusIsrael.ch lediglich fest: «Sowohl die Ombudsstelle als auch die Geschäftsstelle SRG D nehmen zu Schlussberichten keine Stellung.»

Mit ihrer Aussage, es frage sich, ob David Karasek der richtige Gesprächsleiter für

Nahost- und Antisemitismus-Themen sei (weil er Jude ist), begibt sich die Ombudsstelle SRG allerdings auf dünnes Eis. Nicht bloss legt sie ihren Auftrag zur Überprüfung der Sendungen von TV und Radio SRF damit sehr weit aus. Sondern sie missachtet damit auch den Grundsatz, dass nicht mit Steinen um sich werfen solle, wer selbst im Glashaus sitzt.

Ombudsfrau Girsberger unterstützt pro-palästinensische Organisation

Denn genau dies tut bei den Themen «Nahost» und «Palästinensern» die Ombudsfrau Esther Girsberger. Die Ex-Journalistin gehört nämlich zu den Unterstützern von «Jüdisches Forum Schweiz – Gescher».

Gescher repräsentiert eine kleine Minderheit der jüdischen Bevölkerung der Schweiz und vertritt pointiert pro-palästinensische Positionen. So rief die Organisation, wie Audiatur-Online seinerzeit berichtete, ihre Mitglieder im Juni 2025 zur Teilnahme an einer Gaza-Demonstration in Bern auf, an der auch antisemitische und den Staat Israel dämonisierende Parolen zu hören waren.

Dem Regierungsrat des Kantons Zürich warf der Gescher-Vorstand Rassismus vor, weil dieser sich aufgrund von Sicherheitsbedenken geweigert hatte, Kinder aus Gaza aufzunehmen, die mit drei bis vier Erwachsenen in die Schweiz einreisen durften – Begleitern, bei denen der Regierungsrat mit gutem Grund eine Nähe oder sogar Zugehörigkeit zur Terrororganisation Hamas vermutete.

BAKOM müsste Girsbergers Befangenheit prüfen

Mit ihrer Zugehörigkeit zu Gescher illustriert SRF-Ombudsfrau Esther Girsberger deutlich, dass sie selbst beim Thema «Palästina – Israel» mindestens so befangen ist wie der von ihr kritisierte Journalist David Karasek.

Auf die Frage, ob sie angesichts ihrer möglichen Befangenheit bei der Behandlung der Beschwerde gegen Karaseks «Tagesgespräch» mit Ahmed Mansour nicht in den Ausstand hätte treten müssen, antwortete sie gemeinsam mit ihrem Ombudsstellenkollegen Urs Hofmann: «Sollte die Meinung bestehen, Esther Girsberger hätte als Ombudsfrau in den Ausstand treten müssen, kann dies mittels Aufsichtsbeschwerde beim BAKOM (Bundesamt für Kommunikation, Red.) anhängig gemacht werden.»

Dieser Hinweis ist prüfenswert.

Ombudsstelle der SRG kritisiert jüdischen Journalisten als Gesprächsleiter bei Nahost- und Antisemitismus-Themen

---

Sacha Wigdorovits ist Präsident des Vereins Fokus Israel und Nahost, der die Webseite fokusisrael.ch betreibt. Er studierte an der Universität Zürich Geschichte, Germanistik und Sozialpsychologie und arbeitete unter anderem als USA-Korrespondent für die SonntagsZeitung, war Chefredaktor des BLICK und Mitbegründer der Pendlerzeitung 20minuten.